

Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin

Einladung

Hiermit lade ich Sie zur

4. öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Sanieren, Bauen und Bebauungspläne

ein.

Sitzungstermin: Mittwoch, 21.02.2007, 17:30 Uhr
Beginn des öffentlichen Teils: ca. 18:15 Uhr
Ort, Raum: Parochialstraße 3, 10179 Berlin, Sitzungssaal 226

Tagesordnung:

Nichtöffentlicher Teil

TOP 1 Liste der Bauanträge und Baugenehmigungen Dezember 2006

TOP 2 Information zum Stand der Haushaltsdurchführung
- Kapitel 4610 / Titel 893 31 und 893 39

- Liste Abrechnung 2006 (Stand 24.01.2007): Nachfragen
- Liste 2007 (Stand 24.01.2007): Nachfragen
- Aktuelle Liste

Öffentlicher Teil

TOP 3 Genehmigung der Tagesordnung

**TOP 4 Genehmigung des Protokolls der 2. Sitzung am 06.12.2006
Genehmigung des Protokolls der 3. Sitzung am 24.01.2007**

TOP 5 Aktuelle Viertelstunde

**TOP 6 Mitteilungen
TOP 6.1 des Vorsitzenden
TOP 6.2 des Bezirksamtes**

**TOP 7 Aktuelle Themen
TOP 7.1 Neubauprojekt Brunnenstraße 160, Sanierungsgebiet Rosenthaler Vorstadt -
Sanierungszieländerung - Wohnen in Gewerbe
BE: Bezirksamt**

- TOP 7.2 **Krausnickpark**
Vertragsgestaltung zwischen Bezirksamt Mitte und Verein Krausnickpark
hier: Parkordnung (Stand Jan. 2007)
BE: Bezirksamt
- TOP 7.3 **Sanierungszeitung stadt.plan.mitte**
hier: Konsequenzen aus der Umsetzung des BVV-Beschlusses Drs.-Nr. 1647/II vom
26.05.2005
BE: Bezirksamt
- TOP 7.4 **Aufhebung der Sanierungsgebiete Stephankiez, Beusselstraße und Soldiner Straße**
hier: Ergebnisse der Sozialstudien und Konsequenzen
BE: Bezirksamt
- TOP 7.5 **Spielplatzkommission Mitte**
Benennung eines Vertreters/einer Vertreterin des Ausschusses für die Kommission
(siehe GO Spielplatzkommission, Nr. 2, Satz 1, Buchstabe i)
- TOP 8** **Beratung von Drucksachen (ohne Beschlussfassung)**
- TOP 8.1 **Beschluss über die Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3**
Abs. 1 BauGB, der Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 und 2 BauGB zum
vorhabenbezogenen Bebauungsplanentwurf 1-38 VE, die Erweiterung des
Geltungsbereiches sowie die Durchführung der öffentlichen Auslegung gem. § 3
Abs. 2 BauGB
0140/III (BA-Vorlage z.K. aus der BVV 15.02.2007)
- TOP 8.2 **Weiterführung des Bebauungsplanverfahrens mit geänderten Planinhalten des**
Bebauungsplanentwurfs I-26 im Bezirk Mitte, Ortsteil Mitte, die Durchführung der
Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB, der Beteiligung der Behörden
gem. § 4 Abs. 2 BauGB und der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB
0141/III (BA-Vorlage z.K. aus der BVV 15.02.2007)
- TOP 9** **Beratung und Beschlussfassung von Drucksachen**
- TOP 9.1 **Gebietsverträgliche BND-Baustellenlogistik gewährleisten - Entschädigungsfonds**
für AnwohnerInnen und Gewerbetreibende einrichten
0029/III Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- TOP 10** **Verschiedenes**

Mit freundlichen Grüßen

Frank Bertermann
Vorsitzender

Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin

Protokoll

4. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Sanieren, Bauen und Bebauungspläne

Sitzungstermin:	Mittwoch, 21.02.2007
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	20:40 Uhr
Ort, Raum:	Parochialstraße 3, 10179 Berlin, Sitzungssaal 226

Anwesend sind:

Frau David, Annette	SPD
Herr Hobrack, Volker	SPD
Herr Koch, Thomas	SPD
Herr Neuhaus, Lars	SPD
Frau Hilse, Claudia	CDU
Herr Kiske, Heinz	CDU
Herr Dr. Schulze, Dieter	CDU
Herr Bertermann, Frank	Grüne
Herr Jaath, Jörn	Grüne
Herr Bausch, Martin	Grüne
Herr Dr. Schumann, Wolfgang	Die Linke
Herr Sack, Udo	SPD

Gäste: Siehe Liste
Protokoll: Frau Tschach

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Protokoll:

Nichtöffentlicher Teil

zu 1 Liste der Bauanträge und Baugenehmigungen

Herr Metz stellt anhand von Plänen Bauanträge und Baugenehmigungen vor, gibt Erläuterungen und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Die Ausschussmitglieder vereinbaren, die bisherige Praxis, die Anfragen über den Ausschussvorsitzenden an das BA zu übermitteln, zu ändern. Die Anfragen zu den Bauanträgen und Baugenehmigungen erfolgen zukünftig durch die Ausschussmitglieder an Herrn Metz (Verfahren analog Praxis in letzter Wahlperiode)

zu 2 Information zum Stand der Haushaltsdurchführung

Herr BzStR Gothe verteilt Unterlagen zum Stand der Haushaltsdurchführung. Frau Nikoleit gibt Erläuterungen zu den Listen. Sie teilt zum Kapitel 893 31 mit, dass alle Planungen und Ausgaben innerhalb der Sanierungsgebiete einzeln in den Unterkonten (UK) dargestellt sind. Hier ist immer das entsprechende Sanierungsgebiet einem Unterkonto zugeordnet. Mit der Fusion mussten einige Unterkonten verschoben werden (Tiergarten und Wedding). Im Ansatz sind 3 Mio. 650 Tsd. € Diese wurden in der Zwischenzeit untergliedert. Davon entfallen 650 Tsd. € auf das limitierte Unterkonto (Anklamer Str. 29 - Doppeltturnhalle -). Das Unterkonto wurde extra eingerichtet, um es gesondert darzustellen. Sonst wäre es im Unterkonto 107 mit eingeflossen. Die Bewirtschaftung geht über die Bauaufsicht. GDM sieht sich nicht in der Lage, diesen Neubau der Doppeltturnhalle durchzuführen, und deshalb wurde dies auf die Bauaufsicht übertragen.

Zum Titel 893 39 teilt Frau Nikoleit mit, dass dieser Titel mit 000 aufgebaut wurde. Er wurde nicht mehr aufgeteilt. Es wurde die Untergliederung vorgenommen im Alt-Mitte-Bereich, Tiergarten-Bereich und Wedding-Bereich, um hier noch einmal darzustellen, wo welche Mittel hingehen. Ansatz für 2007 sind 1 Mio. 534 Tsd. €. Bisher gibt es noch keine Mittel. Zum 24.1.2007 standen 11 Tsd. € zur Verfügung, die noch als Kosten aufgenommen werden konnten.

Weiterhin berichtet Frau Nikoleit über die Infrastrukturmaßnahmen, die in den Sanierungsgebieten durchgeführt werden.

Sie berichtet über alle angemeldeten und bestätigten Maßnahmen, die in Infrastrukturprojekten außerhalb der Sanierungsgebiete stattfinden. An erster Stelle stehen alle Anmeldungen, die das BA in den Förderungsprojekten hat. Ein Großteil der Maßnahmen läuft noch als Denkmalschutzprogramm in Alt-Mitte (Erhaltungsgebiet nördliche Luisenstadt und Köllnischer Park). Von 3 Mio. 534 Tsd. €, die im Ansatz stehen, sind 1 Mio. 315 Tsd. € für Infrastrukturmaßnahmen in den einzelnen Objekten geflossen.

Abschließend berichtet Frau Nikoleit über Maßnahmen, die innerhalb der Sanierungsgebiete laufen können (Eingaben/Ausgleichsbeträge). Die Senatsverwaltung hat diesen Titel noch nicht weggenommen. Hier fließen alle Einnahmen/Ausgleichsbeträge auf die Entlastungssanierungsgebiete ein. In diesem Jahr kommen noch Stephankiez und Beusselkiez hinzu. Das BA kann somit Infrastrukturmaßnahmen innerhalb der Sanierungsgebiete mit Geld bestücken (Auguststraße 21 - Förderung aus dem Denkmalschutzprogramm - . Die 300 Tsd. € konnten leider nicht in voller Höhe mit Rechnung untersetzt werden), so dass 2007 nochmals 102 Tsd. € angesetzt werden konnten (Ansatz aus dem letzten Jahr wurde in das Rücklagekonto gebucht und in diesem Jahr wieder eingebucht). Linienstraße 163 – neues Objekt, hier wurden 200 Tsd. € verbaut. In diesem Jahr werden nochmals 400 Tsd. € angesetzt.

63 Tsd. € wurden in die Rücklage gebucht. Davon sind jetzt schon auf die entsprechenden Unterkonten 1 Mio. 3 Tsd. €. Aus Einnahmen/Ausgleichsbeträge stehen aus 2006 noch 60 Tsd. € zur Verfügung. Derzeit stehen 703 Tsd. € zur Verfügung. In der neuen Liste standen Einnahmen IST von 447 Tsd. €, so dass die Maßnahmen innerhalb der Sanierungsgebiete verbucht werden konnten in Höhe von 807 Tsd. €. Maßnahmen sind hier noch nicht festgelegt. Anmeldungen laufen.

Abschließend einigen sich die Ausschussmitglieder darauf, dass zukünftig die Fraktionen ihre Nachfragen zu den aktuellen Listen per mail dem Ausschussvorsitzenden mitteilen, der diese an das BA (Frau Nikoleit) weiterleitet. Sollten keine Nachfragen vorliegen, ist die Anwesenheit von Frau Nikoleit zu

diesem Tagesordnungspunkt im Ausschuss nicht erforderlich.

Frau Nikoleit schlägt, hinsichtlich einer umfassenderen Ausschussvorstellung, folgende jährlichen Termine vor:

- Januar: Vorstellung des Abrechnungsstand vom vorjährigen Haushaltsjahr und die Planung für das aktuelle Jahr
- Mai: Zwischenstand als Powerpoint-Präsentation
- Oktober: aktueller Stand und Jahresausklang als Powerpoint-Präsentation sowie erste Aussichten für das Folgejahr

Unterbrechung der Sitzung von 18.55 Uhr bis 18.57 Uhr

Öffentlicher Teil

zu 3 Genehmigung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird so, wie nachstehend aufgeführt, genehmigt.

zu 4 Genehmigung des Protokolls der 2. Sitzung am 06.12.2006 Genehmigung des Protokolls der 3. Sitzung am 24.01.2007

Die Protokollgenehmigungen werden verträgt, da die Protokolle noch nicht vorliegen.

zu 5 Aktuelle Viertelstunde

SPD Anfrage

Keine Anfrage

CDU Anfrage

Keine Anfrage

Grüne Anfrage

Der Vorsitzende, Herr Bertermann, fragt bezüglich des Lützowplatzes:

- Findet unabhängige Mieterberatung statt.
- Inwieweit besteht die Möglichkeit, dass das BA die Initiative Lützowplatz dabei unterstützt, dass diese ihre Unterschriftensammlung zum Denkmalschutz der zuständigen Senatorin Junge-Reyer übergeben können.

Herr BzStR Gothe teilte mit, dass er nach Prüfung leider keine Möglichkeit sieht, dass das BA eine unabhängige Mieterberatung beauftragt, da hierfür keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Bezüglich der Unterschriftensammlung schlägt Herr Gothe vor, dass die Mieterinitiative diese Frau Senatorin Junge-Reyer persönlich übergeben sollte. Herr Gothe glaubt jedoch nicht, dass das Landesdenkmalamt seine ablehnende Haltung bezüglich der denkmalrechtlichen Unterschutzstellung der Wohnanlage ändert. Das Landeskriminalamt hat diese Frage bereits abschlägig beantwortet. Es gibt bislang kein einziges Gebäude in Berlin aus den 80er Jahren, welches bereits unter Denkmalschutz steht.

Die Linke Anfrage

Keine Anfrage
FDP Anfrage
 Nicht anwesend.

zu 6
zu 6.1 **Mitteilungen**
 des Vorsitzenden

Herr Bertermann teilt mit, dass er über das BVV-Büro einige Unterlagen aus der letzten Wahlperiode erhalten hat. Er fragt, ob die Ausschussmitglieder Interesse am

- Nutzungskonzept „Peachbrot“
- Konzept „Fehrbelliner Str. 45/48

haben.

Da kein Interesse der Ausschussmitglieder besteht, werden die Unterlagen dem BVV-Büro zurückgegeben.

zu 6.2 **des Bezirksamtes**

Herr BzStR Gothe teilt mit, dass der Eigentümer der Brunnenstraße 183 seine Bereitschaft erklärt hat, an einem Runden Tisch für das Objekt teilzunehmen. Der Runde Tisch tagt am 15.3.2007, 11.00 Uhr, im Büro von Herrn BzStR Gothe. Für diesen Termin soll pro Fraktion ein/e Vertreter/in benannt werden.

zu 7 **Aktuelle Themen**

zu 7.1 **Neubauprojekt Brunnenstraße 160, Sanierungsgebiet Rosenthaler Vorstadt**
- Sanierungszieländerung - Wohnen in Gewerbe
BE: Bezirksamt

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden Unterlagen vorab an die Ausschussmitglieder verteilt.

Herr BzStR Gothe berichtet: Das Gebäude befindet sich auf einem freien Gelände an der Brunnenstraße/Ecke Rheinsberger Straße; hier gibt es einige städtebauliche Probleme. Auf der einen Seite liegt das Gebäude an einer lauten Straße und an einer zweiten Seite nach Norden, und es befindet sich an den Seiten nach Süden und Westen eine Brandwand. Aus Sicht des Bezirksamtes ist eine, den bestehenden Sanierungszielen entsprechende, überwiegende Wohnbebauung nicht realisierbar. Der Grundstückseigentümer möchte einen Bauantrag einreichen. Das Projekt stellt Herr Gothe anhand einer Karte vor. Der Architekt Herr Nöfer gibt Ergänzungen.

Herr BD Bausch (Grüne) fragt, ob eine Baugenehmigung vorliegt und ob ein Antrag auf Nutzungsänderung gestellt wurde. Herr BzStR Gothe teilt mit, dass der Baugenehmigungsantrag noch nicht eingereicht wurde. Herr Nöfer meint weiter, dass eine Baugenehmigung für einen Wohnungsbau vorliegt, der aber nie realisiert wurde, denn durch die Ecke ist ein Wohnungsbau einfach nicht möglich. Die Baugenehmigung wurde immer wieder verlängert. Nur durch die Nutzungsänderung muss ein neuer Bauantrag eingereicht werden. Weiterhin fragt Herr Bausch, warum man sich für 7 Geschosse entschieden hat. Herr BzStR Gothe teilt mit: Das Eckgebäude entwickelt sich aus Sicht der Stadtplanung angemessen (fünfgeschossige Bebauung + 2 Obergeschosse).

Herr BV Koch (SPD) möchte etwas über die an der Ecke stehende Säule im EG-Bereich des Gebäudes wissen. Er findet die Architektur nicht günstig. Weiterhin meint er und die Meinung hat auch die Betroffenenvertretung, dass hier ein Wohnen sehr schwierig sei.

Herr Nöfer findet die Nutzung sehr sinnvoll.

Frau Ewald von der Betroffenenvertretung erhält Rederecht. Sie meint, dass die Architektur nicht so aussehen soll, wie auf der gegenüberliegenden Straße. Ansonsten sind sie mit der Bebauung einverstanden.

Herr Bausch fragt nach, wie die Nutzung als Ärztehaus sanierungsrechtlich gesichert wird.

Frau Nikoleit antwortet: Es wurde eine Analyse vorgelegt. Es gibt keine Verdrängung von Ärzten in diesem Gebiet, sondern eine Konzentration. Da der Eigentümer selbst beabsichtigt mit seiner Ehefrau dort zu praktizieren, ist es die höchste Sicherheit.

Abschließend fragt Herr Bertermann, ob die Fraktionen noch Beratungsbedarf haben.

Herr BzStR Gothe legt Wert darauf, dass die Gewerke geändert werden.

Die Ausschussmitglieder geben einstimmig ein positives Votum für das Projekt und die diesbezüglich beabsichtigte Änderung der Sanierungsziele ab.

zu 7.2

Krausnickpark

Vertragsgestaltung zwischen Bezirksamt Mitte und Verein Krausnickpark hier: Parkordnung (Stand Jan. 2007)

BE: Bezirksamt

Herr BzStR Gothe teilt einleitend mit, wie sich der Verfahrensablauf aus Sicht des Bezirksamtes darstellt:

- 15.06.2006: Nutzungsvereinbarung wurde an den damaligen Ausschuss mit dem Hinweis verteilt, dass bis zum 3.3.2007 Anregungen, Bedenken geäußert werden sollten.
- 21.06.2006: Diesbezügliches Schreiben der damaligen Stadträtin D. Dubrau an die Fraktionen
- 06.07.2006: Nach Fristende wurde festgestellt, dass es keine Rückäußerung gibt.
- 30.08.2006: Erneute Ausschusserörterung, an dem der damalige BzBm Herr Zeller in Vertretung von Frau BzStR'in Dubrau teilnahm
- 23.08.2006: Vertragsunterzeichnung zwischen BA und Verein Krausnickpark
Vertragsregelungen u.a.:
 - Vertragszeitraum: jeweils ein Jahr (vom 1.1.07 bis 31.12.07)
 - Vertragsverlängerung: jeweils zum 30.09 (wird dieses Datum überschritten, verlängert sich der Vertrag jeweils um ein weiteres Jahr)
 - § 9 - Im Einvernehmen mit dem Bezirk wird eine Nutzungsverordnung vereinbart.

Die Parkordnung war nicht Bestandteil der Ausschusserörterungen. Inzwischen gibt es Unmut über einige Passagen der Parkordnung.

Herr Gothe teilt weiter mit, dass das Bezirksamt beabsichtigt, ein Informationsblatt in der Spandauer Vorstadt zu verteilen, in dem noch einmal deutlich auf den neuen Park hingewiesen wird und dass er der Öffentlichkeit zur Verfügung steht. Im Infoblatt werden auch die Öffnungszeiten für eine Zugänglichkeit enthalten sein.

Frau BV David (SPD) verweist auf die nicht unbeträchtlichen öffentlichen Mittel

von 683.000€ die in die Sanierung des Parks geflossen sind. Die SPD-Fraktion sieht bei der Parkordnung folgenden Änderungsbedarf: 1. Rauchverbot, 2. Hundeverbot. Die Fraktion der SPD möchte so schnell wie möglich, dass diese Parkordnung geändert wird. Frau David bezieht sich auf den BVV-Beschluss Drucksache 2316/II, in der beschlossen wurde, dass nach Fertigstellung des Parks Hinweisschilder auf dem Park in der näheren Umgebung angebracht werden sollen. Sie merkt dazu an, dass das bis zum heutigen Tag nicht geschehen ist. Die Anwohner/innen wissen nicht, dass dort ein öffentlicher Park vorhanden ist. Sie fragt das BA, wann mit der Anbringung von Hinweisschildern zu rechnen sei.

Herr BzStR Gothe stellt folgende Änderungsmöglichkeiten dar:

- Schild mit Hinweis auf eine öffentliche Grünanlage
- Änderung der Türanlage dahingehend, dass die Tür während der Öffnungszeiten offen steht
- Hinweisschilder im Rahmen des touristischen Wegeleitsystems (blaue Schilder mit weißer Schrift)

Frau BV Hilse (CDU) bemängelt, dass den Fraktionen und den Ausschussmitgliedern nur die Nutzungsverordnung zugegangen sei, aber nicht die Parkordnung. Diese sei nicht Bestandteil der Vereinbarung. Die aufgestellte Parkordnung ist nicht verhandlungsfähig und verhandlungswürdig. Frau Hilse bittet Herrn Gothe mit dem Verein in Verhandlung zu treten.

Herr BV Jaath (Grüne) regt an, bis zum Sommer 2007 abzuwarten, wie der Park angenommen wird. Ob es Beschwerden gibt, ob überhaupt aufgeht, was die Parkordnung ausdrückt (Rauchverbot etc.). Danach sollen mit den Anwohner/innen Erfahrungen ausgetauscht werden.

Herr Wilke vom Koordinierungsbüro (Sanierungsbeauftragten für das Sanierungsgebiet Spandauer Vorstadt) teilt mit: Das Tor gehört dem Eigentümer, das Tor geht nicht alleine zu. Zu den Schildern meint er, dass diese größer gemacht werden.

Die Regelungen der Parkordnung erfolgten hauptsächlich durch das Straßen- und Grünflächenamt. Lediglich der Hinweis auf ein Rauchverbot wurde auf Anregung des Anwohnervereins in die Parkordnung aufgenommen.

Herr Wilke versteht nicht, warum für 300 m das Fahrradfahren ausgewiesen werden soll. Der Park hat keine Wege. Gemäß Grünanlagengesetz gilt ohnehin, dass Fahrradfahren und Ballspielen nicht erlaubt sind. Ballspielen ist lediglich auf extra dafür vorgesehenen Flächen erlaubt; diese Flächen gibt es hier nicht.

Die Ausschussmitglieder bitten das Bezirksamt einstimmig, umgehend über folgende Punkte zu berichten:

- Verbesserung der Eingangssituation
- Verbesserung der Beschilderung
- Mit Verein in Kontakt treten, hinsichtlich der zukünftigen Veränderung der Parkordnung

**zu 7.3 Sanierungszeitung stadt.plan.mitte
hier: Konsequenzen aus der Umsetzung des BVV-Beschlusses Drs.-Nr.
1647/II vom 26.05.2005
BE: Bezirksamt**

Herr BzStR Gothe teilt mit, dass am 26.05. ein BVV-Beschluss gefasst wurde, der eine Vertragsverlängerung mit dem Scheinschlag über den 31.08.2007

ausschließen soll. Das BA muss sich jetzt darüber Gedanken machen, wie der Rest der Laufzeit des Sanierungsgebietes Spandauer Vorstadt und Rosenthaler Vorstadt eine Information der Sanierungsbetroffenen sicher stellt. Es handelt sich hier aber um keine Pflichtaufgabe. Damals richtete sich die Kritik ausschließlich um den *Scheinschlag* selbst. Daraus ergibt sich, dass der *Scheinschlag*, als Transporteur für die Sanierungsbeilage, zukünftig nicht mehr in Frage kommt. Die Sanierungsbeilage selbst wurde nie beanstandet.

Aus Sicht des Bezirksamtes stellen sich nun folgende Problemlagen:

1. Das Sanierungsgebiet Spandauer Vorstadt läuft am 1.1.2008 aus. Die Rosenthaler Vorstadt läuft ein Jahr später aus. Auf Grund der kurzen Restlaufzeit der beiden Sanierungsgebiete, ist es nicht sinnvoll, ein völlig neues Redaktionsteam zusammenzustellen und ein neues Layout zu machen.
2. Die bisherigen beiden Redakteure, die die Sanierungsbeilage redaktionell erarbeiten, verfügen über große erhaltenswerte Kenntnisse.
3. Die bisherigen Redakteure besitzen das Layout-Copyright der Sanierungsbeilage

Daraus ergibt sich, dass entweder:

- a. Der Vertrag über den 31.8.07 nicht verlängert wird und damit die Information der Sanierungsbetroffenen für die Restlaufzeit eingestellt wird, oder
- b. Es durch Verhandlungen möglich ist, *Scheinschlag* und Sanierungsbeilage juristisch und faktisch (was die Verteilung angeht) zu trennen und mit dem bisherigen Redaktionsteam der Sanierungsbeilage ein Vertrag bis zum Auslaufen die Sanierungsgebiete zu schließen.

Frau BV Hilse (CDU) fragt, zu welcher Variante sich das Bezirksamt entschließt. Herr BzStR Gothe antwortet: Das BA hat noch keine Vorlage zur Kenntnisnahme gefertigt. Herr Gothe wird mit den Redakteuren sprechen, ob eine Entflechtung von *Scheinschlag* und Sanierungsbeilage möglich ist. Sollte eine Möglichkeit bestehen, dann wird er eine Vorlage zur Kenntnisnahme auf den Weg bringen.

Herr BV Koch (SPD) meint, dass er das angedachte Vorhaben des Stadtrates sehr gut und wichtig findet. Seine Fraktion meint, dass das dem damaligen Antrag entspricht. Die Fraktion würde es sehr begrüßen, wenn Herr Gothe tatsächlich in Verhandlung mit den Redakteuren tritt und den Weg beschreitet.

Herr BV Jaath (Grüne) meint für seine Fraktion, dass das es eine gute Sanierungsbeilage sei.

Herr Bertermann regt an, dass man im Rahmen der anstehenden Verhandlungen organisatorisch und finanziell prüfen möge, die Sanierungsbeilage zukünftig als Postwurfsendung zu verteilen, da dies einen besseren Verbreitungsgrad ermöglicht als die bisherige Auslageform.

Des Ausschusses votiert mehrheitlich für die von Herrn Gothe vorgeschlagene Verfahrensweise.

zu 7.4 Aufhebung der Sanierungsgebiete Stephankiez, Beusselstraße und Soldiner Straße **hier: Ergebnisse der Sozialstudien und Konsequenzen** **BE: Bezirksamt**

Herr BzStR Gothe verschickte vorab an die Ausschussmitglieder von der Senatsverwaltung Unterlagen zur Begründung der Aufhebung.

Er verteilt pro Fraktion je ein Exemplar der Kurzstudie „Sozialstudie Stephankiez 2006“.

Herr Gothe meint, dass der Gutachter den Ausschussmitgliedern diese Studie vortragen sollte.

Der Vorsitzende, Herr Bertermann, schlägt vor, dass in der nächsten Sitzung der TOP Problematik „Aufhebung Millieuschutzsatzung Stephankiez“ beraten werden sollte. Auch soll die Aufhebung der Sanierungsgebiete Beusselstraße und Soldiner Kiez erneut auf die TO gesetzt und hierzu die Gutachter eingeladen werden.

Der Vorschlag findet die Zustimmung des Ausschusses.

Auf Antrag wird den anwesenden Bürgervertretern aus dem Stephankiez rederecht im Ausschuss erteilt. Zum aktuellen Stand Stephankiez teilt Herr La Barré mit, dass im letzten Jahr das Projekt „100.000€“ gestartet wurde. Diese Mittel konnten an ca. 15 verschiedene Projekte verteilt werden. Erste Ergebnisse einiger Projekte liegen vor, wie z. B. Spielplatzbetreuung. Aus dem Betroffenenrat und der Jury des 1 Tsd. €-Projektes hat sich eine Bürgerinitiative „*Bürger für den Stephankiez in Mitte*“ (*BÜRSTE*) gegründet. Diese Gruppe möchte die Arbeit des Betroffenenrates weiter fortsetzen und vor allem intensivieren. Viele Ansatzpunkte sind vorhanden, die im Kiez fehlen. *BÜRSTE* hat beim BzStR Herrn Gothe ein Konzept eingereicht, wie sie sich vorstellen, ihre Arbeit fortzusetzen. Der Stadteilladen soll durch die Bürgerbeteiligung gestärkt werden. Durch Bürgerumfragen wurde festgestellt, dass in erster Linie im Kiez Betreuung der Senioren/innen, Hilfe zur Selbsthilfe fehlen. Um das zu gestalten, möchte *BÜRSTE* die Mitgliederstärke erhöhen. Dafür sollen ehrenamtliche Mitarbeiter/innen geworben werden. Es soll der Stadteilladen aufrecht erhalten werden und es sollen noch weitere Projekte unterstützt werden. Dafür werden noch finanzielle Mittel benötigt. *BÜRSTE* stellt sich das so vor, unabhängig von öffentlichen Finanzierungen zu werden. Das könnte sich eventuell in 2 bis 3 Jahren entwickeln (z. B. durch Sponsoring oder durch eigene Mittel).

Der Vorsitzende, Herr Bertermann fragt das BA, wie der aktuelle Verhandlungsstand und Initiative ist. Er regt an, wenn Einigung vorliegt, könnte das hier im Ausschuss vorgestellt werden und die Fraktionen könnten sich eine Meinung darüber bilden.

Herr BzStR Gothe teilt mit: Das BA begrüßt außerordentlich, dass sich diese Initiative gegründet hat. Das BA baut darauf, dass sie mit zivilgesellschaftlich gestützten Initiativen den Dialog in die Tiefe herein organisieren können. Schwerpunkte wurden genannt wie: Betreuung von Jugendlichen, Betreuung von Senioren/innen, Hilfe zur Selbsthilfe. Herr Gothe kann aber nicht sofort erkennen, dass er innerhalb seines Ressource organisieren müsste. Er meint, dass der Ausschuss für Soziale Stadt hier der richtige Ansprechpartner wäre. Er wird aber die Diskussion dazu im Bezirksamt auf einer der nächsten Bezirksamtssitzungen führen, um sich zu verständigen, wie man damit umgehen kann. Herr Gothe hält es aber zusätzlich erforderlich, dass der Meinungsbildungsprozess innerhalb der Fraktionen in der BVV dazu geführt werden sollten.

Herr BD Bausch (Grüne) meint, dass seine Fraktion dieses Vorhaben sehr unterstützenswert findet. Der Bericht über die positiven Entwicklungen der Betreuungen auf dem Spielplatz hat allen gezeigt, wie wichtig bürgerschaftliches Engagement ist. Herr Bausch hofft, dass sich bezüglich ressourcelicher Zuständigkeit diese Sache nicht verloren geht, sondern dass sich das BA im Sinne des Beitrages dafür einsetzen wird, dass es an der richtigen Stelle ankommt. Auch möchte er, dass die Fraktionen in der BVV auch die richtige

Stelle finden, *BÜRSTE* zu unterstützen.

Die Fraktion der SPD schließt sich den Worten von Herrn Bausch an.

Herr BzStR Gothe teilt abschließend mit, dass innerhalb des Bezirksamtes ein Diskurs zum Thema „Sozialraumorientiertes Verwaltungshandeln“ geführt wurde. Es bestand Konsens, dass der Dialog mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen verstärkt werden soll. Wenn es dann aber darum geht, mit fin. Mitteln zu unterstützen, dann muss man schauen, was es noch im Großbezirk Mitte gibt.

**zu 7.5 Spielplatzkommission Mitte
Benennung eines Vertreters/einer Vertreterin des Ausschusses für die
Kommission (siehe GO Spielplatzkommission, Nr. 2, Satz 1, Buchstabe i)**

Die Ausschussmitglieder vertagen den Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung, da Herr BV Diedrich (Linke) in der heutigen Sitzung nicht anwesend ist und eventl. Interesse hat den Ausschuss zu vertreten. Die Spielplatzkommission wird seine erste Sitzung im März durchführen. Frau BV Hilse (CDU) hat sich bereit erklärt, daran teilzunehmen.

zu 8 Beratung von Drucksachen (ohne Beschlussfassung)

**zu 8.1 Beschluss über die Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
gem. § 3 Abs. 1 BauGB, der Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 und 2
BauGB zum vorhabenbezogenen Bebauungsplanentwurf 1-38 VE, die
Erweiterung des Geltungsbereiches sowie die Durchführung der
öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB
0140/III (BA-Vorlage z.K. aus dem BVV 15.02.2007)**

Keine Wortmeldungen.

**zu 8.2 Weiterführung des Bebauungsplanverfahrens mit geänderten Planinhalten
des Bebauungsplanentwurfs I-26 im Bezirk Mitte, Ortsteil Mitte, die
Durchführung der Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB, der
Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB und der Öffentlichkeit
gem. § 3 Abs. 1 BauGB
0141/III (BA-Vorlage z.K. aus der BVV 15.02.2007)**

Keine Wortmeldungen.

zu 9 Beratung und Beschlussfassung von Drucksachen

**zu 9.1 Gebietsverträgliche BND-Baustellenlogistik gewährleisten -
Entschädigungsfonds für AnwohnerInnen und Gewerbetreibende einrichten
Drucksache: 0029/III**

Die Drucksache kann nicht beraten werden, weil der Umweltausschuss noch nicht darüber beraten hat. Die Drucksache wird vertagt.

zu 10 Verschiedenes

Frau BV David (SPD) fragt, wann die gemeinsame Sitzung des Umweltausschusses mit dem Stadtentwicklungsausschuss tagt. Herr BV Jaath (Grüne) antwortet: Die gemeinsame Sitzung wird am 13.3.2007, 17.30 Uhr, im BVV-Saal „Otto Suhr“, stattfinden. An der Sitzung werden auch die

Mitglieder beider Ausschüsse aus dem Bezirk Charottenburg-Wilmersdorf
eingeladen. Die Einladung wird allen Mitgliedern rechtzeitig zugehen.

gez Bertermann
Vorsitzender

gez. Tschach
Protokollführerin